



Antrag

der Abgeordneten **Kerstin Schreyer-Stäblein, Ingrid Heckner, Dr. Florian Herrmann, Eberhard Rotter, Volker Bauer, Markus Blume, Robert Brannekämper, Norbert Dünkel, Wolfgang Fackler, Alexander Flierl, Karl Freller, Max Gibis, Klaus Holetschek, Dr. Martin Huber, Thomas Huber, Alexander König, Anton Kreitmair, Manfred Ländner, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Walter Nussel, Dr. Hans Reichhart, Tobias Reiß, Hans Ritt, Heinrich Rudrof, Berthold Rüth, Martin Schöffel, Angelika Schorer, Sylvia Stierstorfer, Klaus Stöttner, Peter Tomaschko, Georg Winter, Josef Zellmeier CSU**

Mehr Staatsbedienstetenwohnungen für die Bayerische Polizei

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über die Umsetzung des im Herbst 2015 beschlossenen Sonderbauprogramms „Zusammenhalt fördern, Integration stärken“ zu berichten. In diesem Bericht ist auch darauf einzugehen, nach welchen Kriterien die geplanten 1.000 neuen und bereits bestehenden Staatsbedienstetenwohnungen vergeben werden. Zudem ist über den Stand der Umsetzung der Neubauten zu berichten.

Begründung:

Die Bayerische Polizei braucht mehr Personal. Doch es wird schwieriger, Beamte für den Dienst in den Ballungsräumen, insbesondere für München, zu gewinnen. Wesentliche Faktoren sind dabei die hohen Lebenshaltungskosten und die Schwierigkeit, bezahlbare Wohnungen zu finden. Bislang gab es sogenannte Staatsbedienstetenwohnungen. Viele dieser Wohnungen laufen jedoch jetzt aus. Um die Attraktivität des Polizeidienstes im Großraum München zu steigern, ist es daher notwendig, neuen Wohnraum für Staatsbedienstete zu schaffen.